

Klimaneutrale Energiewirtschaft und Versorgungssicherheit

1. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren stellen fest, dass der Sektor Energiewirtschaft eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Klimaziele spielt. Der Sektor muss auch in Zukunft seiner großen Bedeutung gerecht werden können. Dazu ist es erforderlich, dass die Rahmenbedingungen auf Klimaneutralität und das Strommarktdesign konsequent auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden.
2. Das Vorziehen des Kohleausstiegs idealerweise bis zum Jahr 2030 ist eine wesentliche Stellschraube beim Klimaschutz im Stromsektor sowie der gesamten Volkswirtschaft. Dabei muss der Gewährleistung der Versorgungssicherheit weiterhin zentrale Bedeutung beigemessen werden.
3. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder begrüßen die Ankündigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine Plattform „Klimaneutrales Stromsystem“ einzurichten, die konkrete Vorschläge für ein neues Strommarktdesign erarbeiten soll. Sie bitten den Bund, die Beteiligung der Länder in angemessener Weise sicherzustellen.
4. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder sind darüber hinaus der Auffassung, dass neben dem ambitionierten Zubau von Erneuerbaren-Energien-Anlagen die Bereitstellung flexibler und gesicherter Leistung erforderlich ist. Der Umrüstung bzw. dem Neubau von möglichst frühzeitig mit klimaneutralen Brennstoffen betriebenen Gaskraftwerken kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu und ist für das Vorziehen des Kohleausstiegs unerlässlich. Für das Vorziehen des Kohleausstiegs ist es daher entscheidende Voraussetzung, dass bereits kurzfristig ausreichend Anreize für den Zubau flexibler und gesicherter Leistung bestehen und perspektivisch ausreichend klimaneutrale Brennstoffe (grüner Wasserstoff) zur Verfügung stehen. Des Weiteren ist der zügige und bedarfsgerechte Ausbau der Stromnetze, auf Übertragungsnetz- und Verteilernetzebene, Voraussetzung für die Integration der erneuerbaren Energien sowie neuer Verbraucher wie beispielsweise Wärmepumpen und Elektromobilität und erfordert ein erhebliches Investitionsvolumen.
5. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder sehen darüber hinaus weitere Anreize zur Dekarbonisierung bestehender Fernwärmenetze als notwendig an, um zügig einen stärkeren erneuerbaren Energieausbau zu generieren. Verbesserte Rahmenbedingungen sind auch

bei klimaneutralen Besicherungsanlagen und Speichern zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in der Wärmebereitstellung dringend notwendig.

6. Die Energieministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder bitten die Bundesregierung, die Umsetzung der oben benannten Aspekte frühzeitig und konsequent voran zu treiben und über die zukünftigen Entwicklungen zu berichten. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass die Klimaziele von Bund und Ländern unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit der Energieversorgung erreicht werden können.